

Die Entwicklung der militärpolitischen Weltlage seit Anfang 1965

Autor(en): **Frick, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **45 (1965-1966)**

Heft 12

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161790>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Entwicklung der militärpolitischen Weltlage seit Anfang 1965

HANS FRICK

Das Jahr 1965 war äußerst unruheerfüllt; man möchte sagen, daß Rebellionen, Putsche und Staatsstreiche geradezu einen Wettlauf aufnahmen mit den Naturkatastrophen aller Art, die zahlreiche Länder heimsuchten. Auch im neubegonnenen Jahr hat sich diese Situation nicht geändert, wie der Staatsstreich in Nigeria gezeigt hat. Von den vielen Problemen, die sich zu Beginn des Jahres 1965 stellten, ist, wenn man von dem Konflikt zwischen Indien und Pakistan absieht, kein einziges gelöst oder auch nur einer Lösung näher gebracht worden.

Die Sowjetunion und Osteuropa

Ohne Zweifel unterliegt der Weltkommunismus zur Zeit einer sehr schweren Krise. Die Ursachen sind verschiedener Art. An der Spitze steht der Konflikt zwischen der *Sowjetunion* und der *chinesischen Volksrepublik*, der sich, wie vorauszusehen war, immer weiter verschärft. Dabei steht es außer Frage, daß hinter den ideologischen Auseinandersetzungen sich rein machtpolitische Gegensätze verbergen. Diese Situation hat die Bestrebungen der sowjetischen Satelliten nach größerer Selbständigkeit oder sogar gleichberechtigter Partnerschaft mit der Sowjetunion wesentlich gefördert. Zwar stellen sich diese Oststaaten mit Ausnahme *Rumäniens*, das eine neutrale Haltung zeigt, in diesem Konflikt durchaus hinter die Sowjetunion, allein zumal auf wirtschaftlichem Gebiet beanspruchen sie größere Unabhängigkeit, was sich auch in vermehrten Kontakten mit dem Westen zeigt, mit dem auf verschiedenen Gebieten technische und industrielle Zusammenarbeit angestrebt wird. Die sowjetische Führung sucht allerdings die Zügel wieder zu straffen. Diesem Zwecke diene zum Beispiel der Freundschafts- und Beistandspakt mit *Polen*. Indessen ist kaum anzunehmen, daß sich die Tendenz zum Polyzentrismus wieder unterdrücken läßt.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet dauern die Schwierigkeiten an. Es waren sicher nicht nur schlechte Wetterverhältnisse, sondern eben die Irrealität des kommunistischen Wirtschaftssystems, die die Sowjetunion und andere Ostblockstaaten zu massiven Weizenkäufen in den USA und Kanada nötigten. Die *tschechoslowakische* Wirtschaft befindet sich in ausgesprochen schlechter

Lage, und in *Ungarn* mußten massive Preiserhöhungen vorgenommen werden, wie sie in «kapitalistischen» Ländern nicht denkbar sind. Diese Verhältnisse führen denn auch zu dauernden «Reformen» auf dem Gebiet der Wirtschaftsverwaltung, wobei charakteristisch ist, daß die Bedeutung des Profites immer mehr in den Vordergrund rückt, was freilich mit der marxistischen Ideologie schwer vereinbar ist. Ungarn ist den andern Oststaaten mit diesen revisionistischen Maßnahmen beträchtlich voraus.

Schließlich mehren sich die Schwierigkeiten mit den Intellektuellen, zumal mit den Literaten und Künstlern. Dabei kommt es zu einem Zickzackkurs der Regierungen, die bald scharf durchgreifen, bald wieder die Zügel lockern. Es besteht nicht die mindeste Aussicht, daß die Tendenz zu vermehrter Freiheit des künstlerischen Schaffens sich wieder abschwächen werde, im Gegenteil. In *Bulgarien* kam es sogar zu einer Verschwörung, an der unter anderen drei Generäle beteiligt waren, die mit den Partisanenkämpfen gegen die Truppen Hitlers in Verbindung gestanden hatten. In *Polen*, dessen Bevölkerung in starker Mehrheit treu am katholischen Glauben festhält, bereitet auch die Kirche dem Regime Schwierigkeiten. Die Einladung des polnischen Episkopates an die deutschen Bischöfe, der Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens in Tschenstochau beizuwohnen, stieß bei der Regierung auf schärfste Kritik; nichtsdestoweniger verteidigt Kardinal Wyszynski von der Kanzel aus seine Kirche mit größter Unerschrockenheit.

Ein schweres Dilemma brachte der Sowjetunion der *Krieg in Vietnam*. Während sie einerseits bemüht ist, in ein besseres Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu kommen, wohl hauptsächlich in der Absicht, deren Beziehungen zu Westeuropa, zumal zur Deutschen Bundesrepublik, zu lockern, muß sie andererseits vermeiden, Argumente für die chinesischen Beschuldigungen, sie unterstütze die Amerikaner, zu liefern. Das erklärt einerseits die gewisse Zurückhaltung in der Unterstützung von Nordvietnam und andererseits die wortreiche Kritik am amerikanischen Vorgehen. Die Mission Scheljepins nach Hanoi hatte zweifellos den Zweck, Nordvietnam der sowjetischen Hilfe zu versichern und andererseits den chinesischen Einfluß zu mildern.

Im europäischen Bereich ist die sogenannte *DDR* immer noch der getreueste Satellit der Sowjetunion, trotzdem sie auch mit Rotchina Kontakte sucht. Die DDR ist heute der Hauptantreiber der gegen die deutsche Bundesrepublik gerichteten aggressiven Politik der Sowjetunion. Westdeutschland wird dauernd des Revanchismus und einer auf Krieg gerichteten Politik beschuldigt. Die sowjetische und ostdeutsche Propaganda wendet sich besonders scharf gegen das von der Bundesrepublik geforderte Mitspracherecht am Einsatz von Nuklearwaffen. Dauernd werden neue Schikanen gegen Westberlin und die Bundesrepublik unternommen. So wurde im April der Verkehr auf der Autobahn, angeblich wegen Manövern, schwer gestört. Später wurde für die westliche Schifffahrt auf den ostdeutschen Flüssen eine besondere Erlaubnis des

Verkehrsministeriums der DDR gefordert. Hier wiederum zeigte sich aber, daß Festigkeit stets zum Ziele führt. Der energische Protest der drei Westmächte und die entsprechenden Weisungen an die Schiffe hatten Erfolg, so daß die DDR nicht weiter auf dieser Maßnahme bestand. In Berlin nahmen die Schießereien ihren Fortgang; trotzdem gelang zahlreichen Flüchtlingen die Überschreitung der Zonengrenze. Schließlich fanden im November in Thüringen — ganz nahe der Grenze zur Bundesrepublik — großangelegte Manöver sowjetischer und ostdeutscher Truppen statt. Leider ließen sich Westberlin und die Bundesrepublik dazu herbei, der vorher als unannehmbar bezeichneten Forderung der DDR, das Passierscheinabkommen nur auf ganz kurze Frist abzuschließen, nachzugeben und damit Ulbricht einen billigen Triumph zu verschaffen.

So geht also der kalte Krieg immer weiter. Auch in den Entwicklungsländern wirkt die sowjetische Propaganda wie bisher, wenn auch ohne allzu großen Erfolg. Von einer Annäherung der Standpunkte zwischen Osten und Westen kann nicht die Rede sein, zumal in der brennenden Frage der deutschen Wiedervereinigung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes, deren Verwirklichung noch in weiter Ferne liegt.

Die Wandlung in der Regierung der Sowjetunion, die Breschnew zum ersten Parteisekretär aufsteigen ließ, scheint keinerlei Änderung der sowjetischen Außenpolitik zur Folge zu haben.

Westeuropa

Die alte geschichtliche Erfahrung, daß unter Alliierten die Divergenzen der Interessen und Auffassungen die gegenseitigen Beziehungen erschweren oder sogar gefährden, sobald die unmittelbare Gefahr seitens des potentiellen Gegners sich zu vermindern scheint, hat sich im Westen erneut bestätigt. Dies gilt sowohl für die EWG wie für die NATO. Die wesentliche Ursache davon ist die Haltung de Gaulles. Seit Mitte 1965 boykottierte *Frankreich* die Ministerratssitzungen der EWG sowie im November die NATO-Tagung. Wenn es schließlich im Januar 1966 zur EWG-Sitzung in Luxemburg zurückkehrte und wenigstens in bezug auf das Verhältnis zwischen Ministerrat und Komitee gewisse Konzessionen machte, so blieb doch die Hauptfrage, nämlich die des Mehrheitsprinzips, ungelöst, sodaß auch in Zukunft weitere Schwierigkeiten zu erwarten sind. Die Auffassungen de Gaulles sind widersprüchlich. Einerseits möchte er die Abhängigkeit Europas von den USA vermindern oder ganz beseitigen. Dazu bedürfte es aber eines wirklich geeinigten Westeuropas; allein er ist ein Gegner jeder Integration, also selbst nur der geringsten Beschränkung der Souveränität. Es scheint ihm eine Allianz nach dem Muster vergangener Jahrhunderte vorzuschweben, allein positive Vorschläge, wie eine solche

auszugestalten wäre, sind von ihm bis heute nicht vorgebracht worden. Auch wenn sich selbstverständlich eine Einigung Europas nicht auf *einen* Schlag verwirklichen läßt, müssen doch gewisse erste Schritte getan werden und die beteiligten Staaten erste Opfer bringen, wenn man überhaupt je zum Ziel kommen will. Eigenartig ist auch das Schlagwort de Gaulles: «Europa vom Atlantik bis zum Ural.» Solange die Sowjetunion an ihrer kommunistischen Ideologie festhält — und dies wird noch lange der Fall sein — ist sie kein denkbarer Bündnispartner. Überdies wird Rußland, ob kommunistisch oder nicht, niemals freiwillig auf sein asiatisches Territorium verzichten oder einem Bündnis beitreten, das sich nicht auch auf dieses erstreckt. China wird aber während Jahren nicht in der Lage sein, zu dessen Inbesitznahme einen Krieg auszulösen oder gar einen solchen zu gewinnen. Diese Idee de Gaulles ist also durchaus unrealistisch; ob sie in einer fernen Zukunft sich verwirklichen wird, kann niemand voraussagen.

Auch im Bereich der NATO, deren Notwendigkeit zwar von de Gaulle anerkannt wird, strebt er eine weitere Auflockerung an. Er hat sich auch ausdrücklich gegen ein Mitspracherecht der *deutschen Bundesrepublik* in der Frage des Einsatzes von Nuklearwaffen ausgesprochen und behauptet, Frankreich sei imstande, Westdeutschland atomar zu verteidigen. Dabei ist die französische Atomrüstung hierzu vollkommen ungenügend; Frankreich wird es sich auch nie leisten können, ein Arsenal von Nuklearwaffen aufzubringen, das dem sowjetischen einigermaßen gewachsen wäre. Die Stellungnahme de Gaulles belastet natürlich auch die Beziehungen zur deutschen Bundesrepublik. Diese, die in erster Linie durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen bedroht ist, könnte eine derartige Diskriminierung auf die Dauer nicht hinnehmen. Man darf dabei nicht vergessen, daß die diskriminierende Behandlung Deutschlands im Versailler Vertrag dort jene Ressentiments geschaffen hat, die in erster Linie den Aufstieg Hitlers zur Macht ermöglichten.

Die Haltung de Gaulles ist weitgehend von einem heute überholten Nationalismus bestimmt. Sie wird in weiten Kreisen des französischen Volkes nicht geteilt. Allein so lange er an der Macht bleibt, ist in bezug auf eine wirkliche Einigung Europas und dessen koordinierte Verteidigung kein wesentlicher Fortschritt zu erwarten.

Mittelmeerraum und Naber Osten

Auch im Mittelmeerraum, der für die Sicherung der Südflanke Europas von so großer Bedeutung ist, sind die Verhältnisse unerfreulich. Die Hauptschuld daran trägt Nasser, dessen sozialistisches Regime mehr und mehr kommunistische Züge trägt und das weitgehend von der Sowjetunion abhängig ist.

Nassers Bestreben, der *Vereinigten Arabischen Republik* die Vormachtstellung unter den arabischen Staaten zu verschaffen, sein massives Eingreifen in die Kämpfe in *Jemen*, sein aggressives Verhalten gegenüber Aden und seine Drohungen gegen Israel schaffen gefährliche Spannungen. Freilich hat er in letzter Zeit beträchtliche Rückschläge erlitten. Die starken Preiserhöhungen und der Devisenmangel verursachten innenpolitische Schwierigkeiten; dazu macht sich von seiten der Muslims eine wachsende Opposition gegen die Vermengung von Islam und Kommunismus bemerkbar. Der Einsatz zahlreicher ägyptischer Truppen in Jemen hat sich als kostspieliger Fehlschlag erwiesen. So sah sich Nasser genötigt, mit König Feisal zwecks Regelung des Konfliktes in Jemen zusammenzutreffen; freilich blieb diese Konferenz ohne Ergebnis. Die Zusammenarbeit zwischen den arabischen Staaten hat sich stark gelockert, zumal wegen der Verschiedenheit der Auffassungen in der Israelfrage; bestimmt spielt aber auch Nassers antimonarchische Haltung dabei eine Rolle. Es steht außer Frage, daß die antirevolutionären Kräfte in der arabischen Welt mehr und mehr unter die Führung König Feisals kommen, der somit zu einem gefährlichen Gegenspieler Nassers wird. Feisals Besuch in Teheran hat denn auch bei den linksgerichteten Regimes große Empörung hervorgerufen, zumal in Syrien, das die persische Provinz Chusistan als arabisches Gebiet beansprucht und in dessen Regierung seit dem Umsturz im Dezember eindeutig die Nasseranhänger dominieren. Auch zwischen dem *Irak* und dem *Iran* bestehen wegen des Kurdenkrieges scharfe Spannungen.

In *Algier* wurde zwar Ben Bella gestürzt und durch Boumedienne ersetzt; die sozialistische Innenpolitik und die Beziehungen zur VAR erfuhren jedoch keine Änderung.

Nach wie vor birgt die Feindschaft der arabischen Staaten gegenüber *Israel* die Gefahr kriegerischer Verwicklung von weitreichenden Folgen. Immer wieder unternehmen arabische Terroristen Handstreich auf israelisches Gebiet. Der vernünftige Vorschlag des tunesischen Präsidenten Bourguiba, eines wirklich gemäßigten und weitsichtigen Staatsmannes, mit Israel Verhandlungen wegen der Palästinafrage aufzunehmen, wurde von den übrigen arabischen Staaten scharf abgelehnt. Als sodann die deutsche Bundesrepublik mit Israel diplomatische Beziehungen aufnahm, brachen diese alle, mit Ausnahme von Tunesien und Marokko, die ihrigen zu Westdeutschland ab.

Schließlich ist auch das *Zypernproblem* nicht gelöst. Auch wenn zur Zeit dort Ruhe herrscht, ist es jederzeit möglich, daß wieder Feindseligkeiten ausbrechen. Der dadurch bedingte Gegensatz zwischen den beiden die Südostflanke der NATO sichernden Staaten *Griechenland* und *Türkei* bedeutet für die Solidarität der Verteidigung des Westens eine erhebliche Belastung.

So sind der Mittelmeerraum und der Nahe Osten beträchtliche Gefahrenherde; es ist kaum abzusehen, daß dort in nächster Zeit ein Abbau der bestehenden Spannungen und Konflikte erfolgen wird.

Afrika

Wie zu erwarten war, ist die Situation in einer ganzen Reihe von Entwicklungsländern durchaus unstabil. So kam es zu einem Staatsstreich in der *Zentralafrikanischen Republik*, zur Absetzung des Präsidenten durch seine eigene Partei in *Dahomey*, zur Machtübernahme durch das Militär in *Haute-Volta* und schließlich zu schweren Unruhen und hernach zur Machtergreifung durch General Ironsi in *Nigeria*. In *Kongo-Léopoldville* wurde der kluge und weitsichtige Staatsmann Tschombé durch den Präsidenten Kasavubu abgesetzt, dieser selbst aber durch den Staatsstreich des Generals Mobutu von seinem Amt verdrängt, das von dem letzteren übernommen wurde. Sein Regime, das auch von Tschombé begrüßt wurde, macht bis heute einen vernünftigen, gemäßigten Eindruck. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kongo-Brazzaville, das bis dahin die kongolesischen Rebellen unterstützt hatte, dürfte zur Stabilisierung der Lage beitragen. Auch die Regierung General Ironsis scheint eine vernünftige Politik zu führen. Man hat den Eindruck, daß der Einfluß der Sowjetunion und Rotchinas, der in einigen Ländern noch stark ist, doch mehr und mehr auf Widerstand stößt. Im *Sudan* wurde die kommunistische Partei verboten und in verschiedenen Ländern die chinesischen Agenten vertrieben.

Sehr kritisch ist die Lage in *Rhodesien*, wo es sich offensichtlich um den Kampf zweier Gruppen von Extremisten handelt, jenen Negern, die sofort eine schwarze Mehrheitsregierung wollen und hierin von zahlreichen anderen schwarzen Staaten unterstützt werden, und jenen weißen Siedlern, die ihr Minderheitsregime auf unabsehbare Zeit aufrechterhalten wollen. Es besteht kein Zweifel, daß die Negerbevölkerung Rhodesiens noch nicht genügend vorbereitet ist, um eine Mehrheitsregierung zu bilden, daß aber die notwendigen Maßnahmen getroffen werden müssen, um ihr nach einer wohl noch Jahre dauernden Frist die politische Gleichberechtigung zu geben. Mit Geduld und Mäßigung wäre bestimmt mit der Zeit eine vernünftige Lösung zu finden gewesen; allein die überstürzte Unabhängigkeitserklärung Jan Smiths hat diese Möglichkeit zerschlagen. Ob und wann das britische Embargo diesen zum Nachgeben zwingen wird, steht noch dahin.

Trotzdem also Afrika auch einen der Unruheherde der Welt darstellt, kann doch angenommen werden, daß eine wesentliche Verschlimmerung der Weltlage oder gar der Ausbruch eines großen kriegerischen Konfliktes nicht durch die Ereignisse in Afrika ausgelöst werden könnte.

Mittlerer und Ferner Osten

Im *Mittleren Osten* hat der schwere Konflikt zwischen Indien und Pakistan, dank der russischen Vermittlung auf der Konferenz in Taschkent, sein Ende gefunden. Der Sowjetunion mußte dieser Krieg, in dessen Hintergrund China stand,

äußerst unerwünscht sein; außerdem diene diese erfolgreiche Vermittlung der Hebung ihres Prestiges. In dem Abkommen von Taschkent ist freilich die eigentliche Ursache des Konfliktes, der Streit um Kaschmir, nicht erledigt worden. Ob auf dem Verhandlungswege eine beide Seiten befriedigende Lösung erreicht werden kann, ist höchst fraglich, um so mehr, als sich in beiden Staaten gegen das Friedensabkommen eine gewisse Opposition geregt hat. Immerhin kann man hoffen, daß es in nächster Zeit in diesem Raum nicht zu neuen Friedensstörungen kommt. Für Indien ist dies besonders wichtig, da die Bedrohung und die Grenzzwischenfälle seitens Chinas immer noch fort-dauern. Frau Indira Gandhi, die neue Ministerpräsidentin, wird bestimmt die Politik ihres Vorgängers Shastri fortsetzen, um so mehr als sie ohnehin die große Aufgabe der Behebung der Ernährungsschwierigkeiten ihres Volkes zu meistern hat.

Die Politik *Rotchinas* ist nach wie vor äußerst aggressiv. Das Bestreben der chinesischen Führung, ihr Land zur Weltmacht zu machen und ihr die Vorherrschaft in ganz Asien zu verschaffen, ist offensichtlich. Die Fortsetzung der Atomversuche ist ein deutliches Zeichen dafür. Freilich hat die chinesische Politik, abgesehen von den bereits erwähnten Mißerfolgen in Afrika, einen ganz schweren Rückschlag erlitten. Der von kommunistischer Seite angezettelte Putsch in *Indonesien*, bei dem mehrere Generäle getötet wurden, wurde von loyalen Elementen der Armee niedergeschlagen. Fraglich ist dabei die Rolle des Präsidenten Sukarno, der sich mehrfach ausdrücklich zugunsten der kommunistischen Partei ausgesprochen hat. Allein seit der Niederwerfung der Putschisten ist der Verteidigungsminister General Nasution, ein ausgesprochener Kommunistengegner, wohl der entscheidende Mann in der indonesischen Regierung. Die Reaktion der Bevölkerung zeigte, daß der Kommunismus von der großen Mehrheit strikte abgelehnt wird. Tausende traten aus der Partei aus, Tausende von Kommunisten wurden massakriert. Wie lange Sukarno, der sich immer noch einer gewissen Popularität zu erfreuen scheint, an der Spitze des Staates bleiben kann, ist fraglich. Sicher ist jedoch, daß seine Macht beträchtlich gemindert ist. Ob die neue Führung eine Verbesserung der Beziehungen zu Malaysia anstreben wird, steht noch dahin; immerhin steht es außer Zweifel, daß an der Bedrohung dieses Landes durch Indonesien die kommunistische Partei — wohl auf Pekings Geheiß — maßgeblich beteiligt war.

Die Ereignisse im südostasiatischen Raum sind für *Großbritannien* von großer Bedeutung; dieses hat sich daher im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten Stützpunkte auf Inseln des Indischen Ozeans gesichert.

Das große Problem nicht nur des Fernen Ostens, sondern der ganzen Welt-politik ist jedoch der Krieg in *Vietnam*. Daß auch hier der Plan Chinas, den Kommunismus in ganz Asien zum Siege zu führen, die eigentliche Ursache dieses blutigen Ringens ist, unterliegt keinem Zweifel. Der Einsatz der Ame-

rikaner, deren Hilfe die südvietnamische Regierung erbeten hatte, war daher eine Notwendigkeit. Die dauernde Verstärkung der amerikanischen Truppen und die massiven Bombardierungen waren durch die ständig vermehrte Unterstützung der Vietcongrebellen durch nordvietnamische Streitkräfte unerlässlich geworden. Wiewohl sich auch in den USA eine gewisse Gegnerschaft gegen die Kriegführung in Vietnam zeigt, besteht doch kein Zweifel, daß diese im Interesse der ganzen freien Welt liegt. Ein Rückzug der Amerikaner würde nicht nur ihrem Prestige in der Welt ungeheuer schaden und das Vertrauen ihrer europäischen Verbündeten in ihre Hilfsbereitschaft erschüttern, sondern sie würde ganz Vietnam dem Kommunismus ausliefern und das Tor zu dessen weiteren Verbreitung in Laos, Kambodscha, Thailand und schließlich in Indien öffnen. Nirgends wie hier gilt der Satz: «Principiis obsta!» Daß die Vereinigten Staaten sofort bereit sind, Verhandlungen aufzunehmen, wenn die Freiheit Südvietnams gesichert werden kann, steht außer Zweifel. Allein die von Hanoi aufgestellten vier Bedingungen sind für sie unannehmbar. Auch die Bombardierungspause und die großangelegte Friedensoffensive haben Nordvietnam nicht zum Einlenken veranlaßt. Freilich haben in letzter Zeit die Vietcongs und die nordvietnamischen Truppen eine Reihe von Mißerfolgen erlitten, so daß fraglich ist, ob Hanoi noch lange durchhalten kann, zumal wenn die Amerikaner ihren Einsatz weiter steigern. Es ist zu hoffen, daß das amerikanische Volk die Wichtigkeit des Problems versteht und weiter bereit ist, die notwendigen Opfer dafür zu bringen.

Die Ausweitung des Vietnamkonfliktes zu einem weltweiten Krieg ist kaum zu befürchten. Die Sowjetunion hat nicht das mindeste Interesse, gewissermaßen im Dienste Chinas einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu eröffnen, und China ist dazu militärisch durchaus nicht in der Lage. Die schwerwiegende Folge dieses Konfliktes besteht in der Gefahr der Ablenkung Amerikas von den ebenso bedrohlichen Problemen Europas.

Amerika

Die *Vereinigten Staaten* haben unter der ebenso klugen als energischen Führung Präsident Johnsons ihre Weltgeltung bestimmt verstärkt. Die Probleme, die sich ihnen in den verschiedensten Weltgegenden stellen, sind freilich ungeheuer; es ist zu hoffen, daß sie sie dennoch zu meistern verstehen werden. Zu ihren Sorgen gehören auch die Verhältnisse in *Südamerika*, die denkbar unerfreulich sind. Daß auch dort die kommunistische Infiltration, in der Hauptsache von Kuba aus gesteuert, eine Hauptursache der Unruhen ist, kann nicht bezweifelt werden. So kam es zu Putschversuchen in *Bolivien* und *San Salvador*, zu Komplotten in *Ecuador*, *Brasilien* und *Guatemala* und zu schweren Unruhen in *Kolumbien* und *Uruguay*. Schließlich sahen sich die Vereinigten Staaten sogar genötigt, Truppen in die *Dominikanische Republik* zu senden, wo ebenfalls ein

Putsch mit nachfolgenden schweren Kämpfen ausbrach. Dazu kamen noch die Grenzstreitigkeiten zwischen verschiedenen südamerikanischen Staaten, so zwischen *Argentinien* einerseits und *Chile* und *Peru* anderseits, sowie zwischen *Ecuador* und *Peru* und zwischen *Bolivien* und *Chile*. So wird Südamerika wohl noch auf lange eine schwere Belastung für die Politik der USA bleiben.

Das militärische Kräfteverhältnis

Das militärische Kräfteverhältnis hat sich seit letztem Jahr nicht wesentlich verändert. Nach wie vor bleiben die Vereinigten Staaten der Sowjetunion in bezug auf interkontinentale Raketen und Fernbombenflugzeuge weit überlegen. Im weiteren bildet die ständig steigende Zahl von mit Polarisraketen bewaffneten Atomunterseebooten ein höchst wirksames Mittel, um gegebenenfalls die Sowjetunion aus den verschiedensten Richtungen zu bombardieren. Die Polarisraketen, deren Reichweite stark gesteigert worden ist, bilden in gewissem Sinne ein Gegengewicht gegen die bei der Sowjetunion in großer Zahl vorhandenen Mittelstreckenraketen, die allerdings nur Westeuropa zu bedrohen in der Lage sind.

In bezug auf Erdtruppen ist die Lage nicht so günstig. Auch wenn man von den 34 Divisionen, die die Westdeutschland unmittelbar benachbarten Satellitenstaaten stellen, absieht, bedeuten die 26 sowjetischen, voll kampfbereiten Divisionen in diesen Ländern sowie 75 im europäischen Rußland stehende, von denen wohl etwa die Hälfte voll kampfbereit sind, eine ernste Bedrohung des Westens, der mit den zur Zeit zwischen der Nordsee und den Alpen stehenden Truppen zunächst nur etwa 30 Divisionen zur Verfügung hat. Wie unerläßlich daher der amerikanische Nuklearschutz für Westeuropa ist, ergibt sich daraus von selbst.

Schlußfolgerungen

Trotz all der höchst gefährlichen Konflikte ist der Ausbruch eines neuen Weltkrieges in nächster Zeit durchaus unwahrscheinlich. Die Sowjetunion, die sich der schweren Risiken eines Atomkrieges bewußt ist und außerdem sich nicht der Gefahr aussetzen darf, im Falle eines Krieges mit dem Westen im Rücken von China angegriffen zu werden, wird es auch weiterhin bestimmt vorziehen, ihre Ziele mit den Mitteln des kalten Krieges zu erstreben. Die Atomwaffe darf also in gewissem Sinne als Friedenssicherung betrachtet werden. Diese Lage darf aber den Westen keinesfalls veranlassen, in seiner Rüstung nachzulassen. Die Geschichte beweist, wie oft in der Folge durchaus unvoraussehbarer Ereignisse eben doch ein großer Krieg ausbricht, und das Beispiel Hitlers hat gezeigt, wie ein einziger machtgieriger und fanatischer Diktator ein großes Unheil auszulösen vermag, auch wenn alle vernünftigen Überlegungen dagegen sprechen.

Vor allem aber muß der Westen energische Anstrengungen zu immer engerer Einigung machen. Vielleicht bedarf es dazu des allmählichen Hereinwachsens einer jüngeren Generation, die nicht mehr in den nationalistischen Vorstellungen befangen ist, in verantwortliche Stellungen.

Die schweren Krisenerscheinungen im Bereich des Kommunismus, die eine logische Folge der Irrealität der marxistischen Doktrin sind, dürfen uns aber erlauben, mit voller Überzeugung zu sagen: Wenn der Westen fest bleibt, ist ihm der Sieg sicher.

Le Concile et le Renouveau dans l'Eglise

JEAN DE SAINT-CHAMANT

Le 11 octobre 1962, date de l'ouverture du Concile, a été pour un grand nombre de chrétiens à travers le monde un événement dont tous n'ont peut-être pas compris sur le moment la portée. Mais ses témoins à Rome ont senti qu'ils étaient placés tout d'un coup en face de la réalité vivante de l'Eglise et de son mystère. Ce fut là la révélation qu'apporta la cérémonie d'ouverture, dont on aurait souhaité qu'un nouveau Guardi, égal par le talent au grand peintre vénitien, fixât sur la toile les traits pittoresques et les couleurs chatoyantes. Spectacle imposant assurément que celui de ces deux mille sept cents Pères conciliaires, venus de toutes les parties de la planète, et qui, pour la première fois, rencontraient à Rome leurs frères du monde blanc et leurs frères des continents lointains, jaunes et noirs, ceux de l'Inde et du Japon, de la Chine et de l'Afrique — toute cette *diaspora* catholique (du grec *catholicos*, universel) qui se rendait à l'appel du chef de l'Eglise de Rome.

On ne saurait assez dire le souci pastoral qui animait ces évêques, ni les liens qui les unissaient dans une même pensée aux hommes, croyants ou incroyants, dont ils ont la charge. C'est un fait que le Concile a manifesté, dès le début, de façon éclatante, la catholicité de l'Eglise. En rassemblant dans l'unité un si grand nombre de pasteurs aux tendances les plus diverses, sans parler des observateurs relevant de confessions différentes et admis à siéger dans l'aula, il a montré que l'Eglise entend demeurer fidèle à la tradition apostolique pour mieux atteindre la réalité du monde d'aujourd'hui.

Nous examinerons successivement les deux questions qui nous paraissent avoir dominé le Concile à la fin de la dernière session: *l'institution du Synode épiscopal et les conclusions du schéma XIII*. Celui-ci, avec ses annexes, apparaît bien, selon l'expression de Jean XXIII, comme un « Signe des temps », c'est-à-dire